

**Auszug aus dem Protokoll
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 398/2008

Sitzung vom 25. Februar 2009

301. Postulat (Task Force Strassenjugendgewalt)

Kantonsrätin Carmen Walker Späh, Zürich, sowie die Kantonsräte Dieter Kläy, Winterthur, und Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, haben am 15. Dezember 2008 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird eingeladen, eine Task Force Strassenjugendgewalt zu gründen.

Begründung:

Berichte über grundlos angepöbelte und zusammengeschlagene Jugendliche mehren sich. Unschuldige involvierte Jugendliche beklagen sich über die erlittene Gewalt an Körper und Seele, vor allem an den Wochenenden im nächtlichen Ausgang. Viele Eltern und Lehrkräfte fühlen sich machtlos und erwarten von der Politik ein aktives Eingreifen. Eine Gesellschaft, die es nicht schafft, ihre Jugendlichen zu schützen, gibt ein schlechtes Vorbild für Jugendliche, die später selbst die Verantwortung übernehmen müssen.

Am Beispiel der Stadt Zürich mit der Task Force Jugendgewalt soll auf kantonaler Ebene eine Task Force speziell für Jugendgewalt auf der Strasse gegründet werden mit dem Ziel, das bestehende Angebot unter der Federführung der Sicherheitsdirektion interdisziplinär (z. B. Jugendanwaltschaft, OJA, Vertretung Lehrerschaft und Elternschaft) zu bündeln und zu verbessern. Die bereits getätigten Erfahrungen in der Stadt Zürich sollen in die Arbeit einfließen.

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Zum Postulat Carmen Walker Späh, Zürich, Dieter Kläy, Winterthur, und Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, wird wie folgt Stellung genommen:

Die Verhinderung und Sanktionierung von Jugendgewalt haben für den Regierungsrat hohe Priorität. Gemäss den Legislaturzielen 2007–2011 sollen Sicherheit und Sicherheitsempfinden der Bevölkerung durch eine verstärkte Bekämpfung von Gewaltdelikten und durch eine vernetzte Gewaltprävention erhöht werden. Dazu werden Mass-

nahmen in den Bereichen Bildung, Polizei und Justiz ergriffen. Koordinierte Gewaltprävention und verstärkte Bekämpfung von Jugendgewalt bilden dabei einen Schwerpunkt.

Das Problem der Gewaltgefährdung im Ausgang stellt sich vor allem an Orten und zu Zeiten, die bezüglich des Ausgehverhaltens von Jugendlichen neuralgischen Charakter haben (sogenannte «hot spots»). Die Städte Zürich und Winterthur sind mit ihrem breit gefächerten Freizeit- und Ausgehangebot in besonderem Mass davon betroffen. Brennpunkte in Bezug auf Gewalt von und an Jugendlichen im öffentlichen Raum gibt es vereinzelt auch in anderen Gemeinden, so beispielsweise an Treffpunkten vor dem gemeinsamen Ausgang. Erfolg versprechend sind vor diesem Hintergrund Massnahmen, die gezielt auf diese neuralgischen Orte und Zeiträume ausgerichtet sind. In den Einsatzdispositiven der Kantonspolizei wird der Präsenz an diesen Brennpunkten entsprechend eine hohe Priorität eingeräumt. Mit den Jugenddiensten verfügt die Kantonspolizei über Personal, das besonders für den Einsatz gegen Jugendgewalt geschult und mit anderen Stellen, die sich mit Jugendgewalt im öffentlichen Raum befassen, vernetzt ist.

Gewalt von und unter Jugendlichen ist eine ernst zu nehmende Erscheinung. Der Kanton Zürich engagiert sich seit Jahren mit vielfältigen Massnahmen zur Prävention und Intervention. Dies gilt gleichermaßen für die Gemeinden. Der Regierungsrat ist bestrebt, diese Bemühungen und Aktivitäten in der laufenden Legislatur verstärkt zu koordinieren und wo nötig zu optimieren. Im März 2008 hat der Regierungsrat beschlossen, unter der Leitung der Bildungsdirektion eine Koordinationsgruppe Jugendgewalt zu bilden. Auftrag der Koordinationsgruppe ist es, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den in den Bereichen «Jugendgewalt» und «Gewalt im schulischen Umfeld» tätigen Amtsstellen und Institutionen sicherzustellen, die Präventions- und Interventionsmassnahmen der betroffenen Direktionen aufeinander abzustimmen und ein koordiniertes Auftreten nach aussen zu gewährleisten. Zudem wurde in der Bildungsdirektion im September 2008 die Stelle eines Beauftragten für Massnahmen gegen Gewalt im schulischen Umfeld geschaffen, zu dessen Aufgaben die Leitung der Koordinationsgruppe gehört.

In der Koordinationsgruppe Jugendgewalt vertreten sind der Jugenddienst der Kantonspolizei, die Jugendanwaltschaft, die Fachstelle für Integrationsfragen, die Kommission für Kinderschutz, die Fachberatung «Gewalt, Kinderschutz, Suizid» der Pädagogischen Hochschule Zürich, das Volksschulamt, das Mittelschul- und Berufsbildungsamt sowie das Amt für Jugend und Berufsberatung. Für besondere Fragen – beispielsweise solche, die sich auf Massnahmen zur Strassenjugendgewalt

beziehen – werden Fachpersonen beigezogen. Mit der Koordinationsgruppe Jugendgewalt verfügt der Kanton somit bereits über ein Gremium, das eine vergleichbare Funktion wahrnimmt wie die Task Force Jugendgewalt der Stadt Zürich.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat daher, das Postulat KR-Nr. 398/2008 nicht zu überweisen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

Husi